

Die SA. sammelt zum Geburtstagsgeschenk an den Führer.

Die Oberste SA-Führung teilt mit:

In den nächsten Tagen werden die Stürme der SA. wieder wie im Vorjahre die Einzugslisten für das Dankopfer der Nation auflegen, das als ein Geburtstagsgeschenk des ganzen Volkes an den Führer erneut dem Gefühl des Dankes gegenüber seiner fruchtbarsten Staatsführung Ausdruck geben wird. Der Führer selbst hat dieser Tat eines echten Sozialismus Richtung und Ziel gegeben und ihren Ertrag dazu bestimmt, dem deutschen Arbeiter Leben und Schaffen schöner zu gestalten. So wurde das erste Dankopfer bereits zur Dankopfer-Siedlung, von der SA. getragen und durch sie als ein Geschenk der Nation an den Führer vermittelt.

Auf Grund des umfassenden Einjahres zieht sich dieses Opferwert läutenlos über die ganze Nation hin und überall auch im Reich, sei es im Alpenland oder in Ostpreußen, in Oberschlesien oder an der Nordsee, werden aus den großen und kleinen Beiträgen der Volksgenossen Heimstätten für die Schaffenden errichtet, würdige und schöne Bauten, die dem Arbeiter wieder in die Landschaft hinausführen und ihm die Heimat Erde näherbringen. Aus der Erkenntnis heraus, daß bisher alle Wünsche nach Siedlungsmöglichkeit am Mangel eines notwendigen Eigenkapitals scheiterten, wurde das Dankopfer dazu bestimmt, die erforderlichen Erhebungskosten für neue Siedlerstellen zu decken, die an die Wälder unter den Werttätigen des Volkes, an Kriegspolier, Kinderreiche und verdiente Vorkämpfer der Bewegung abgegeben werden.

Wenn daher die SA. ihre Ehrenliste für das Dankopfer auflegt, die jedem Volksgenossen Gelegenheit geben, an diesem Aufbauwerk teilzuhaben, dann wird er wissen, welcher höheren Aufgabe sein Opfer dient, mit dem er Zeugnis ablegt vom Gefühl der im ganzen Volke lebendigen Dankbarkeit gegenüber dem Führer und seinem Werk.

Zinsfrei und kapitallos.

Das große Siedlungswort der SA. — Das Spitzenkapital bleibt zinsfrei — Zuschüsse für die Wohnungseinrichtung. — Opfergeist baut Arbeiterheimstätten.

Der Nationalsozialismus hat die fundamentale Forderung aufgestellt, daß für jeden schaffenden Deutschen, und sei seine Arbeit auch noch so schlicht, ein würdiges, gesundes und genügend großes Heim geschaffen werden muß.

Es hat auch in der Spitemzeit nicht an Bestrebungen gefehlt, diese geradezu selbstverständliche sozialistische Forderung zu verwirklichen. Wie lächerlich aber muten uns heute diese Versuche an. Wir sehen ganz klar und haben es auch schon in der Kampfzeit immer wieder betont, daß sie scheitern mußten, weil eben den Urhebern dieser Pläne eine wahrhafte sozialistische Gesinnung fehlte. Wie wäre es denn sonst möglich gewesen, daß erstlich Pläne erwogen wurden, 120 000 Arbeitslose in primitivsten Holzhäusern in der Umgebung der Großstädte anzusiedeln. Oder hat es vielleicht etwas mit sozialistischer Gesinnung zu tun, wenn man einen Menschen, der etwas Geld erübrigt und den Willen hatte, sich ein eigenes Heim zu schaffen, bis auf letzte auspreßte und ihm Zinsen abnahm, die ihn tödlicher zum Ruin trieben. Und wenn er dann doch durchhielt und seine Absicht nicht aufgab, dann hatte er immer noch die Aussicht, daß die ganze Kasse, in die er zahlte, nur ein Schwindel war, und er sein Geld beim nächsten Konturs

los wurde. Das war der Weg zum Eigenheim in der Spitemzeit!

Und heute? Der Nationalsozialismus hat im Bauwesen einen grundlegenden Umschwung herbeigeführt. Wir stellen fest, daß wir dabei sind, die Forderung nach einem würdigen Heim für den deutschen Arbeiter in ganz großem Umfange zu verwirklichen. Die SA. hat sich in den Dienst dieser großen Aufgabe gestellt und das Dankopfer der Nation geschaffen.

Unter der Leitung des vom Stabschef mit der Durchführung der Siedlungsarbeiten beauftragten Verwaltungs-SA-Gruppenführers Mappes wurden in knapp einem Jahr die Vorbereitungen zur Errichtung von 2500 Siedlerstellen geleistet, und bereits vor einiger Zeit konnten die ersten Spatenstiche zu einer Reihe von Siedlungen gemacht werden. Vor allem werden es verdiente Kämpfer der SA., der Bewegung, Frontsoldaten und kinderreiche Familien sein, die in den Dankopfer-Siedlungen ein Heim finden. Sie haben es verdient, daß sich das deutsche Volk ihrer in erster Linie erinnert.

Der Nationalsozialismus hat die Forderung aufgestellt, würdige Arbeiterwohnungen zu schaffen. Das System hielt Holzhäuser, die binnen kurzem verfallen, für würdig genug. Die Häuser der SA.-Siedlungen sind schöne massive Einfamilienhäuser, die Raum genug für eine kinderreiche Familie bieten und zu denen etwa 1000 Quadratmeter Land gehören. Alles, was nun einmal in solch einem kleinen Betrieb unentbehrlich ist, wie Obstbäume, Beerensträucher, Gartengeräte, Kleintiere usw., erhält der Siedler kostenlos.

Das verstehen wir unter „würdig“.

Der Nationalsozialismus will weiter, daß die Preise der Wohnung so gestaltet sind, daß sich auch der schlichteste Arbeiter ein eigenes Heim leisten kann. Wer früher kein Kapital hatte, für den konnte ein eigenes Haus immer nur ein Traum bleiben und wenn er etwas Geld hatte und schließlich zu einem Haus kam, so ließen ihn doch die drückenden Abzahlungs- und Zinslasten zu keiner reinen Freude kommen. Die Siedler des „Dankopfer der Nation“ brauchen kein Kapital. Die Spitzenfinanzierung wird aus den geopferten Mitteln bestritten. Die Tilgung verteilt sich auf einige Jahrzehnte und ist gänzlich zinsfrei. Das ist das neue, das sozialistische an der Tat der SA., daß jedem charaktervollen Deutschen, und sei er auch noch so bedürftig, die Möglichkeit geboten wird, in den Genuß eines eigenen Heimes zu kommen. Die Tilgungssumme, einschließlich aller Abgaben, wie Steuern, Unterhaltungs- und Ausbesserungskosten, Versicherungen usw., beträgt 25 bis 30 Reichsmark monatlich. Fehlt man davon noch die Eigenerzeugung des Siedlers im Werte von etwa 8 RM. im Monat ab, so bleibt nur eine tatsächliche Belastung von etwa 20 RM. Besonders bedürftigen, kinderreichen Siedlern, werden auch noch Zuschüsse für die Wohnungseinrichtung gewährt. Früher baute man häßliche eintönige Häuserzeilen. Das „Dankopfer der Nation“ schafft auch hier Neues, indem Doppel-, Reihen- und Einzelhäuser der verschiedensten Typen in bunter Reihenfolge errichtet werden. Siedlungsform ist immer die Gruppenbildung mit mindestens acht Häusern. Hierdurch wird nicht nur ein neuer Siedlungsstopp geschaffen, sondern auch der Gemeinschaftsgedanke in die Siedlungen hineingetragen. Durch das Opfer der ganzen Nation schafft die SA. bedürftigen Arbeiterfamilien die dringend notwendigen Wohnungen. Das ist Sozialismus der Tat.

Unerhörte Herausforderung.

Polnischer Westverband fordert deutsches Land.

Graudenz, 6. April. Der polnische „Westverband“ veranstaltete in Graudenz im Rahmen seiner Pommerellenwoche eine Kundgebung, an der eine Reihe von offiziellen polnischen Organisationen teilnahmen. In den Umzügen wurden, ohne daß die polnische Polizei einschritt, Transparente mit Aufschriften getragen wie: „Graudenz soll die künftige Hauptstadt der nichtbesetzten Gebiete werden.“ Auf einem anderen Transparent las man: „Das Schloß Graudenz muß in den Schoß der Mutter zurückkehren.“ Weitere Schilder verlangten die Einverleibung Masurens, des Ermlandes und des Weichsellandes in den polnischen Staat. Am Marktplatz war eine große Landkarte im Schaufenster einer Buchhandlung ausgestellt, in der die nach Ansicht des polnischen „Westverbandes“ noch zu besetzenden Gebiete, die zu Deutschland gehören, in roter Farbe eingezeichnet waren.

Auf der Kundgebung sprachen der Vizepräsident von Graudenz, Michalowski, der Sejmabgeordnete und Präses des Westverbandes ist, und einige andere Einwohner von Graudenz. Die Kundgebung endete mit einem Hoch auf die Republik Polen, den Staatspräsidenten und auf den obersten Führer Marschall Rydz-Smigly.

In einer Entschliessung wurde u. a. folgendes erklärt: „Die Bewohner der Stadt Graudenz werden wie bisher, so auch weiter, die Macht an der Weichsel halten und die Interessen von Nation und Staat auf der pommerellischen Erde schützen. Aufrechterhalten bleibt in seinem ganzen Umfange das nicht realisierte Recht Polens auf die nicht besetzten Gebiete.“ Wie nichts den Verlauf der Weichsel, so könne auch nichts die Forderungen und Bestrebungen der polnischen Nation zur Vereinigung aller polnischen, bisher unbesetzten Länder in den Grenzen des Staates ausschalten. „Den Vandalen daselbst und besonders in Ermland und Masuren, senden wir Worte der Begrüßung und dem Zuvoricht und ermuntern sie zum Ausschalten bis zu dem Augenblick, wo mit Gottes Hilfe für sie das Morgenrot der Freiheit leuchtet.“

Zum Schluß wurden noch Kampfforderungen gegen die deutsche Minderheit in Pommerellen ausgesprochen.

Dazu schreibt der „Deutsche Dienst“ u. a.:

Man darf gespannt sein, was die amtlichen polnischen Stellen zu dieser geradezu skandalösen Entschliessung und zu dieser Kundgebung sagen werden. Wenn in Deutschland in einer öffentlichen Kundgebung eines großen Verbandes unter den Augen der Regierung durch den Bürgermeister einer Stadt in dieser Form Forderungen auf große polnische Gebiete angemeldet wurden, und ferner entsprechende Landkarten aufgestellt und Transparente angebracht wurden, wie „Wir fordern Pommerellen und ganz Polen zurück“, „Wir verlangen die Rückgabe Ostoberschle-

siens“ oder „Wir grüßen die Millionen unerlöster deutscher Brüder in Polen und Pommerellen“, dann würden mit Recht die polnischen Stellen dagegen Einspruch erheben und das als einen sehr unfreundlichen Akt und eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens betrachten.

Das gleiche Echo muß natürlich eine derartige Kundgebung in Deutschland haben, und alle jene Kreise in Polen, die guten Willens sind, werden zweifellos der deutschen Bevölkerung die Berechtigung ihrer außerordentlichen Empörung nicht abstreiten.

Man darf nur hoffen, daß sie stark genug sind, auch die entsprechenden Maßnahmen gegen derartige Heher und Schreiber zu veranlassen und solche Elemente wie den Bürgermeister von Graudenz ein für allemal aus der Politik zu entfernen, zumal sie dem polnischen Staat mit ihrer chauvinistischen Kundgebung keinen Dienst geleistet haben. Man darf das um so mehr hoffen, als allein die Bezeichnung „unerlöster Gebiete“ in einer deutschen Zeitschrift oder die andeutungsweise Anführung der ehemaligen deutschen Reichsgrenzen auf einer alten Landkarte polnische Stellen bereits zu energischen Protesten in Deutschland zu veranlassen pflegen.

Scharfes Durchgreifen gegen notorischen Heher.

Warschau, 6. April. Das höchste Gericht in Warschau legte einem der übelsten Heher gegen das nationalsozialistische Deutschland das Handwerk, indem es ein gegen den Redakteur Artur Trunkhardt in Rybnik ergangenes Urteil wegen Verleumdung des Führers bestätigte. Das Urteil lautet auf sechs Monate Gefängnis.

Trunkhardt war in zweiter Instanz verurteilt worden, weil in mehreren Artikeln seines berüchtigten „Katholische deutsche Volkszeitung“ in Rybnik das deutsche Staatsoberhaupt beleidigt worden war. Gegen das Urteil der zweiten Instanz legte Trunkhardt Berufung ein mit der mehr als fadenscheinigen Begründung, daß zu der Zeit, da diese Artikel erschienen waren, Adolf Hitler in Polen noch nicht als deutsches Staatsoberhaupt modifiziert gewesen sei.

Das höchste Gericht hat nunmehr die Berufung dieses notorischen Hehers verworfen. Es erklärte in seiner Begründung, daß der polnische Rechtschün sich auf fremde Staatsoberhäupter beziehe, sobald sie an der Spitze eines Staates ständen, ganz gleich, ob sie als solche beim polnischen Staat schon modifiziert seien oder nicht.

Die polnische Polizei greift durch: Wieder zahlreiche jüdisch-kommunistische Heher dingfest gemacht.

Warschau, 6. April. Nach den zahlreichen Verhaftungen kommunistischer Heher in Warschau, Lodz und einer

Reihe von ostgalizischen Städten hat jetzt auch die Wilnaer Polizei zu einem großen Schlag ausgeholt. Sie führte in den Verbandelokalitäten angeblicher Berufsvereinigungen Hausdurchsuchungen durch, beschlagnahmte zahlreiches belastendes Material und verhaftete eine größere Anzahl von Kommunisten, von denen wie immer die meisten Juden waren. 15 kommunistische Heher wurden sofort in das Isolierungslager Bereza-Kartuska gebracht.

Ständig steigende Preise in Frankreich.

Die katastrophale Auswirkung der 40-Stundenwoche.

Paris, 6. April. Die plötzlich aus agitatorischen Gründen erfolgte Einführung der 40-Stundenwoche in Frankreich, durch die auf die Woche ein Arbeitstag weniger entfällt, hat nicht nur in Wirtschaftskreisen, sondern auch insbesondere in Arbeiterkreisen erhebliche Besorgnis hervorgerufen. Abgesehen davon, daß die zugebilligten Lohnerhöhungen den Ausfall eines Tagesverdienstes nicht zu ersetzen vermögen, haben sie sofort ein weiteres Anziehen der Preise auf allen Gebieten zur Folge gehabt.

Die Preissteigerung benehmt die Bevölkerung außerordentlich und hat im allgemeinen die Spanne der Abwertung längst überschritten.

Inzwischen ist bereits die Aufwertung der landwirtschaftlichen Preise verlangt worden, eine Forderung, der sich sowohl Regierung als auch Parlament nicht werden werden können, wenn nicht die gesamte Landwirtschaft zusammenbrechen soll. Die Ausdehnung der Sozialgesetze von der Industrie auf die Landwirtschaft beschleunigt diese Entwicklung weiter.

Schon jetzt übersteigt die Verteuerung der Lebenshaltung die den Arbeitern zugebilligten geringen Lohnerhöhungen.

Daraus ergeben sich neue Lohnforderungen, neue Streiks, neue Beunruhigungen für die Wirtschaft und ein weiteres Abgleiten von Ausländern in andere Länder, so daß bereits jetzt große Verluste über Auftragsmangel klagen und es nicht unmöglich ist, daß sie ihre Betriebe schließen müssen.

Die Großhandelsrisikozahl für 45 verschiedene Waren ist von 372 im Juni 1936 auf 517 Ende Februar 1937, auf 525 am 6. März 1937 und auf 536 am 27. März 1937 (also im ganzen um 44,1 v. H.) gestiegen. Die Risikozahl für Industrieerzeugnisse stieg von 351 im Juni 1936 auf 528 Ende Februar 1937, auf 536 am 6. März 1937 und auf 552 am 27. März 1937 (also im ganzen um 57,3 v. H.). Die Kleinhandelsrisikozahl, die 34 Artikel umfaßt, weist ebenfalls eine steigende Entwicklung auf. Sie betrug Ende Januar 1937 567, Ende Februar bereits 577; die Zahl für März liegt noch nicht vor, dürfte jedoch abermals höher sein.

Für die Entwicklung der Einzelhandelsrisikozahl gibt das Bulletin de la Statistique Générale de la France u. a. folgende Angaben:

- Brot: Im August 1936 1,80 Franken je Kilogramm, im Januar 1937 2,20, im Februar 1937 2,40 Franken.
- Milch: Je Liter im August 1936 1,20 Franken, im Januar 1937 1,50 und im Februar 1937 1,60 Franken.
- Butter: Im August 1936 16,15 Franken, im Januar 1937 21,75 Franken, im Februar 1937 22,80 Franken.
- Zucker: Im August 1936 3,10 Franken, im Januar 1937 3,95, im Februar 1937 4,00 Franken.
- Rotwein: Je Liter im August 1936 2,05 Franken, im Januar 1937 2,40 und im Februar 1937 2,45 Franken.
- Rüböl: Je Kilogramm im August 1936 6,65 Franken, im Januar 1937 6,50 und im Februar 1937 6,65 Franken.
- Kalbfleisch: August 1936 22,00 Franken, Januar 1937 23,75 und im Februar 1937 27,25 Franken.

Die Risikozahl für die Ausgaben einer Arbeiterfamilie von vier Personen ist von 438 Ende 1935 auf 540 Ende 1936 (also um 23,3 v. H.) gestiegen.

Dr. Ley reist nach Italien.

Empfang bei Mussolini vorgesehen.

Berlin, 6. April. Auf Einladung der italienischen Regierung und in Erwiderung des Besuchs des italienischen Arbeiterführers Präsident Tullio Cianetti, tritt Reichsleiter Dr. Robert Ley am Donnerstag, dem 8. April, eine sechztägige Italienreise an. Die Abfahrt erfolgt in München. Die Antunft ist für Donnerstagnachmittag, 15 Uhr, in Rom festgesetzt. Hier wird der Reichsorganisationsleiter der NSDAP durch die offiziellen Vertreter der faschistischen Partei und des italienischen Staates empfangen.

Ein außerordentlich umfangreiches und vielseitiges Programm wird für die Dauer von zehn Tagen Dr. Ley entgegengebracht, nicht nur alle Einrichtungen der faschistischen Partei und der Konföderation erneut persönlich kennenzulernen, sondern darüber hinaus auch mehrere Betriebsbesuche und damit eine entsprechende Führungsaufklärung mit der italienischen Arbeiterfront und mit italienischen Betriebsführern vorgesehen. Die Reise führt von Rom über Mailand, Turin und Genua nach Rom, wo der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront persönlich empfangen wird. Im gleichen Zuge findet ein großer Regierungsempfang in Capri statt. Es sind ferner u. a. Empfänge bei dem Parteisekretär der faschistischen Partei, Starace, und bei dem Außenminister Ciano vorgesehen.

Im Rahmen der Reise, die Dr. Ley u. a. in Begleitung seines Chefadjutanten Marrenbach und seines engheren Mitarbeiterstabes durchführt, wird auch eine Arbeitsbesprechung über den im nächsten Jahre in Rom tagenden Weltkongress „Freude und Arbeit“ stattfinden. An dieser Arbeitsbesprechung werden von italienischer Seite u. a. Parteisekretär Starace und Commodore Puccetti, von deutscher Seite u. a. der Geschäftsführer des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“ und der Leiter der Arbeitsabteilung des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“ teilnehmen. Die Rückkehr Dr. Leys von Italien nach Berlin erfolgt am 18. April.

Herzliche Begrüßungsworte der römischen Abendpresse für Dr. Ley.

Rom, 6. April. Der Besuch von Reichsleiter Dr. Ley in Italien wird auch von der römischen Abendpresse herzlich begrüßt. „Tribuna“ veröffentlicht auf der ersten Seite das Bild des Reichsleiters und betont, sein Besuch werde in allen am Produktionsprozess in Italien beteiligten Kreisen mit besonderer Freude begrüßt. Er werde dazu beitragen, die regen und kameradschaftlichen Beziehungen mit der Deutschen Arbeitsfront immer enger zu gestalten.

